

EINLADUNG

11. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.01.2023, 17:30 Uhr
Raum, Ort:	Suppenküche St. Marien der kath. Kirchengemeinde Maria unter dem Kreuz, Bergheimer Straße 1, 14197 Berlin. Großer Pfarrsaal.
	Das Pfarrgebäude befindet sich gegenüber der Rückseite der Kirche St. Marien.

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Anwesenden
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Annahme der Niederschriften
- 4 Vorstellung der sozialen Arbeit durch den Leiter der Suppenküche St. Marien, Dirk Rüdiger Schumann.
- 5 Zugang zu Buchungsmöglichkeiten im Alter **0256/6**
CDU-Fraktion
- 6 Endlich Kurzzeitpflege im Bezirk für pflegebedürftige Menschen **0250/6**
CDU-Fraktion
- 7 Netzwerk der Wärme statt sozialer Kälte im Winter! **0259/6**
Fraktion DIE LINKE
- 8 „Netzwerk der Wärme“ im Bezirk sichern und stärken **0280/6**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Angebote für ältere Menschen online **0275/6**
CDU-Fraktion

- | | | |
|----|--|---------------|
| 10 | Informationen zur sozialen Wärme in Charlottenburg-Wilmersdorf
mehrsprachig zur Verfügung stellen
SPD-Fraktion | 0277/6 |
| 11 | Ungleichheitsbericht dauerhaft für den Bezirk!
Fraktion DIE LINKE | 0260/6 |
| 12 | Ombudsstelle im Jobcenter bekannt machen!
Fraktion DIE LINKE | 0318/6 |
| 13 | Obdachlose Menschen unterstützen - Sozialarbeit stärken, bezirkliche
Anlaufstellen ausbauen und hygienische Grundversorgung
sicherstellen!
Fraktion DIE LINKE
<i>(Soz m., Haush ffd.)</i> | 0335/6 |
| 14 | Kinder- und Familienarmut im Bezirk bekämpfen!
Fraktion DIE LINKE
<i>(JHA m. 17.1.23, Soz m., Haush ffd.)</i> | 0294/6 |
| 15 | Barrierefreie Versorgungssuche für die Kurzzeitpflege, Tagespflege,
Sachleistung im Bezirk Charlottenburg- Wilmersdorf für
pflegebedürftiger Menschen
CDU-Fraktion
<i>(Ges m. 24.1.23, Soz ffd.)</i> | 0351/6 |
| 16 | Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung | |
| 17 | Verschiedenes | |

Im Falle einer Verhinderung senden oder übergeben Sie bitte die Einladung an Ihre Vertreterin oder Ihren Vertreter oder an Ihr Fraktionsbüro.

Heike Hüneke
Ausschussvorsitzende

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/ Sell

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0256/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Zugang zu Buchungsmöglichkeiten im Alter

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, wie ältere Bürgerinnen und Bürger auch ohne eigenen Onlinezugang Zugang zu Buchungsmöglichkeiten, wie beispielsweise Kulturveranstaltungen oder Sportangebote, eröffnet bekommen können.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung

Ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/ Schmidt-Statzkowski

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0250/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Endlich Kurzzeitpflege im Bezirk für pflegebedürftige Menschen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich in Zusammenarbeit mit den im Bezirk ansässigen Pflegeanbietern dafür einzusetzen, dass Kurzzeitpflegeplätze geschaffen werden.

Der BVV ist bis zum 30.11.2022 zu berichten.

Begründung:

ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Grunde-Brunner/ Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0259/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Netzwerk der Wärme statt sozialer Kälte im Winter!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, das geplante Netzwerk der Wärme der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales inhaltlich und öffentlichkeitswirksam zu begleiten und zu unterstützen. Über alle öffentlichen Kanäle (Aushänge, Beratungsangebote, Internet, Printmedien) soll über Angebote des Netzwerks informiert werden, insbesondere in Stadtteilzentren und Nachbarschaftshilfen, Bibliotheken usw.

Darüber hinaus soll das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit Stadtteilzentren und Nachbarschaftshilfen selbst Räumlichkeiten und Angebote für vereinsamte oder wegen der Energiekrise in Not geratene Berliner:innen im Winter anbieten und sich aktiv um das Wachsen des Netzwerks und die Ansprache weiterer Mitglieder (auch aus der Wirtschaft) bemühen. Die BVV ist über die geplanten Maßnahmen fortlaufend zu informieren.

Der BVV ist zum 30.11.2022 zu berichten.

Begründung

Auf Grund der Energiekrise geraten zahlreiche Menschen in Not. Der Bezirk steht in der Pflicht, diese Menschen aufzufangen und durch gezielte Angebote im Rahmen des vom Senat geplanten Netzwerks der Wärme zu unterstützen. Die Angebote müssen bestmöglich bekannt gemacht werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Chen/Kraus

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0280/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

"Netzwerk der Wärme" im Bezirk sichern und stärken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales dafür einzusetzen, dass Begegnungsstätten und soziale Einrichtungen im Rahmen des Projektes „Netzwerk der Wärme“ finanziell und personell für Beratungsangebote zum Energiesparen oder zu sozialen Hilfen unterstützt werden.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Aufgrund der steigenden Energiepreise kann es an potentiellen Orten für das „Netzwerk der Wärme“ zu verkürzten Öffnungszeiten oder gar Schließungen kommen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Stückler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0275/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Angebote für ältere Menschen online

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie eine Kooperation mit einer überbezirklichen Plattform für Senioren möglichst, um die bezirkseigenen Angebote, Veranstaltungen und Leistungen insbesondere für ältere Menschen durch die Aufnahme in diese Plattform noch bekannter und zugänglicher zu machen.

Der BVV ist bis 31.03.2023 zu berichten

Begründung:

Zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben älterer Menschen gehört die digitale Welt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0277/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Informationen zur sozialen Wärme in Charlottenburg-Wilmersdorf mehrsprachig zur Verfügung stellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die verschiedenen Informationen, Tipps zum Energiesparen und Hilfsstrukturen zur aktuellen Energiekrise zentral auf der Webseite des Bezirksamtes zu sammeln und auch in gedruckter Form zur Verfügung zu stellen. Diese Informationen sollen ebenfalls auch in anderen Sprachen zugänglich sein.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Sowohl der Bund als auch das Land bemühen sich darum in der aktuellen Energiekrise mit verschiedenen Hilfspaketen die Not der Menschen zu lindern. Doch viele Informationen sind nur bruchstückhaft zu erhalten. Daher braucht es eine Vereinheitlichung der Informationen, sowie ein mehrsprachiges Angebot.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0260/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Ungleichheitsbericht dauerhaft für den Bezirk!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, den Armuts- und Reichtumsbericht für Charlottenburg-Wilmersdorf in einem Ungleichheitsbericht zusammenzuführen, dauerhaft fortzuschreiben und zwei- dreijährlich vorzulegen. Der Ungleichheitsbericht soll wissenschaftlich die Verteilung, Entstehung, Form und den Umfang von Reichtum und Armut in Charlottenburg-Wilmersdorf erfassen und analytisch beschreiben. Problemlösungsorientiert sollen bezirkliche Maßnahmen für eine sozial gerechtere Verteilung von Reichtum und gesellschaftlichen Wohlstand sowie die Beendigung von Armut aufgeführt werden und mit anderen Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene in Beziehung gesetzt werden. Vorgeschlagene Maßnahmen sind im zuständigen Ausschuss der BVV zu diskutieren und durch das Bezirksamt umzusetzen. Die Ergebnisse sollen in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt und diskutiert werden.

Der BVV ist zum 30.11.2022 zu berichten.

Begründung

Bereits 2016 forderte die BVV einen bezirklichen Armutsbericht ([DS 1657/4](#)), der bisher, trotz der Forderung nach Vorlage alle drei Jahre, nur für das Jahr 2018 vorliegt und nie fortgeschrieben wurde. 2017 forderte die BVV die Vorlage eines Reichtumsberichts ([DS 0377/5](#)), der auch die Folgen ungleicher Wohlstandsverteilung im Bezirk untersuchen und Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung vorlegen sollte. Dieser Bericht liegt nur für das Jahr 2019 vor. Charlottenburg-Wilmersdorf ist einer der Bezirke mit den größten Einkommens- und Vermögensunterschieden der Stadt. Fast nirgendwo sonst treffen so viel Reichtum und Wohlstand einiger weniger auf geringes Einkommen und soziale Benachteiligung vieler. Um diese negative Entwicklung zu erfassen und vor allem Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung von Wohlstand durchzusetzen, bedarf es eines umfassenden und dauerhaften Monitorings der sozialen Entwicklung im Bezirk.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel/Deißler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0318/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Ombudsstelle im Jobcenter bekannt machen!

Das Bezirksamt wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter eine Bekanntmachung der Tätigkeit und Aufgaben der Ombudsstelle im Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf für alle Menschen, die Neuanträge sowie Wiederbewilligungsanträge auf Arbeitslosengeld II (demnächst: Bürgergeld) stellen, zu gewährleisten. Dies soll in Form eines Flyers erfolgen, der im Rathaus und den Räumlichkeiten des Jobcenters und der Arbeitsagentur Charlottenburg-Wilmersdorf ausgelegt wird, sowie über die Internetseite des Bezirksamts an prominenter Stelle abrufbar ist.

Gleichzeitig wirkt das Bezirksamt darauf hin, dass die Ombudsstelle zukünftig mindestens an einem Vor- und an einem Nachmittag nicht nur telefonisch, sondern barrierefrei auch in Präsenz zu erreichen ist.

Der BVV ist 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Seit mehreren Jahren gibt es die Ombudsstelle als unabhängige Schlichtungsstelle bei Problemen mit dem Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie ist allerdings nur dienstags von 9-12 h und auch nur per Telefon bzw. E-Mail zu erreichen. Dies ist für viele betroffene Menschen nicht barrierefrei. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass nur den wenigsten Menschen im Bezug von Arbeitslosengeld II die Existenz der Ombudsstelle bekannt ist. Das Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg macht in einem Faltblatt ausführlich auf die Aufgaben der dortigen Ombudsstelle aufmerksam. Über die Jobassistenz ist die dortige Ombudsstelle Montag bis Freitag von 8-18 Uhr in Präsenz und telefonisch erreichbar.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0335/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Obdachlose Menschen unterstützen – Sozialarbeit stärken, bezirkliche Anlaufstellen ausbauen und hygienische Grundversorgung sicherstellen!

Das Bezirksamt wird beauftragt, in bezirklichen Bedarfsräumen – wie dem Bahnhof Zoo, der Messe Berlin, dem Lietzensee sowie an weiteren Orten – noch im Winter 2022/2023 die aufsuchende Sozialarbeit sowie hygienische Grundversorgung für obdachlose Menschen auszubauen. Dabei ist u. a. die Bereitstellung von Sanitär-Containern sowie von kostenlosen Hygieneartikeln zu prüfen.

Darüber hinaus setzt sich das Bezirksamt für die Einrichtung weiterer (mobiler) Anlaufstellen für obdachlose Menschen im Bezirk ein. Hierbei sollen u. a. die Ergebnisse der Nacht der Solidarität (2020) einbezogen werden.

Zur Umsetzung der Maßnahmen setzt sich das Bezirksamt gegenüber dem Senat von Berlin für zusätzliche Mittel ein. Personalstellen sind langfristig anhand einer Bedarfsanalyse des Bezirksamts auszubauen, dem Fachausschuss vorgestellt wird.

Der BVV ist bis zur erfolgreichen Bekämpfung von Obdachlosigkeit regelmäßig (im Fachausschuss) zu berichten; erstmalig zum 31. Dezember 2022.

Begründung:

erfolgt mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Dr. Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0294/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kinder- und Familienarmut im Bezirk bekämpfen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, unverzüglich eine Koordinierungsstelle für die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut mit den hierfür von der Berliner Senatsverwaltung bereitgestellten Geldern im Doppelhaushalt 2022/23 einzurichten.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Landeskommission Kinder- und Familienarmut hat die Einrichtung von bezirklichen Koordinationsstellen zur Bekämpfung von Kinderarmut empfohlen ([Erster Bericht](#) der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut). Das Land Berlin hat den Bezirken entsprechende zusätzliche Mittel für die Haushaltsjahre 2022/23 (ab Quartal IV 2022) in der Globalzuweisung bereitgestellt. Mit diesem Antrag soll eine entsprechende Verwendung der Mittel im Bezirk sichergestellt und die bezirklichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut gestärkt werden.

Besonders armutsgefährdet sind berlinweit Alleinerziehende und Familien mit mehr als 3 Kindern. Im Jahr 2015 wies der Mikrozensus für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren eine Armutsgefährdungsquote von 17,6 Prozent für Charlottenburg-Wilmersdorf aus. Besonders auffällig ist, dass der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften mit SGB-II-Bezug im Bezirk mit der höchsten sozialen Ungleichheitsquote stark variiert. Während in Randlage zum Forst Grunewald deutlich unter 20 Prozent der Kinder- und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften leben, sind es in Charlottenburg-Nord und Schlossgarten bis zu 60 Prozent (Daten von 2015). Dieses hohe Armuts- und Reichtumsgefälle im Bezirk bedeutet eine enorme Chancengleichheit für die betroffenen Kinder- und Jugendlichen. Das Bezirksamt muss die Chance nutzen, mit einer Koordinierungsstelle gegen Kinder- und Familienarmut vorzugehen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Schmidt-Statzkowski

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0351/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Barrierefreie Versorgungssuche für die Kurzzeitpflege, Tagespflege, Sachleistung im Bezirk Charlottenburg- Wilmersdorf für pflegebedürftiger Menschen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zeitnah eine Onlineplattform zu schaffen, wo tagesaktuell freie Plätze in der Kurzzeitpflege gemäß Paragraph 42 SGB XI, freie Tagespflegeplätze gemäß §41 SGB XI und Pflegestationen mit freien Kapazitäten gemäß § 36 SGB XI im Bezirk Charlottenburg- Wilmersdorf zur Verfügung stehen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Durch akute Lebenssituationen sind kurzfristig und nicht planbare weitere Versorgungen in der Kurzzeitpflege oder der Tagespflege oder eine Versorgung durch einen Pflegedienst erforderlich. Mit der Schaffung einer Onlineplattform, werden allen Beteiligten, die Suche nach einer freien individuellen Versorgungsstruktur erleichtert. Die jeweiligen Einrichtungen können die freien Plätze täglich auf der Onlineplattform mitteilen. Der Arbeitsaufwand ist sehr gering und für alle Beteiligten in der Nutzung sehr effizient.